



**Protokoll der 34. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 12. November 2014, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber

Namensaufruf: 35 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderäte Susanna Dreyer, Peter Heri, Stefan Leuthold, Ernst Rüsi, Benjamin Stricker Zirfass

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretärin: Heidi Arnold

Traktanden

- 180 Mitteilungen
- 181 Protokoll der Sitzung vom 17. September 2014
- 182 Interpellation betreffend "Fussgängerzone auch am Vormittag" von Gemeinderat Heinrich Christ, ev. Diskussion
- 183 Fragestunde

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Sehr geehrter Herr Stadtmann, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung. Leider ist die Heizung im Rathaussaal ausgefallen, aber es ist hinten im Saal ein Öfeli bereitgestellt worden, damit es nicht zu kalt wird.

Ich möchte darauf hinweisen, dass das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Mein heutiger Leitspruch ist von Seneca: "Es ist nicht wenig Zeit, die wir haben, sondern es ist viel Zeit, die wir nicht nutzen."

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der **Ratspräsident** fest, dass 35 Ratsmitglieder anwesend sind. Somit ist der Rat gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugestellt. Seitens des Rats liegen keine Einwände zur Traktandenliste vor. Somit gilt die heutige Tagesordnung als stillschweigend genehmigt.

180

MITTEILUNGEN

1. Gemeinderat Fredi Marty hat am 23. September 2014 die Einfache Anfrage "Wie viel kostet die neue Organisationsstruktur der Stadt Frauenfeld?" beim Gemeinderatspräsidium eingereicht. Diese Einfache Anfrage wird heute dem Stadtrat zur schriftlichen Beantwortung innerhalb von drei Monaten übergeben.
2. Der Stadtrat hat die Interpellation "Fussgängerzone auch am Vormittag" von Gemeinderat Heinrich Christ vom 15. Januar 2014 am 23. September 2014 beantwortet.
3. Herr Patrik Marti von den Thurgauer Nachrichten hat per Ende August 2014 die Thurgauer Nachrichten verlassen, somit ist die Akkreditierung für Herrn Patrik Marti als Berichterstatter für die Thurgauer Nachrichten erloschen.
4. Der Stadtrat hat die Einfache Anfrage "Finanzieller Handlungsspielraum der Stadtverwaltung über das Rechnungsjahr und finanzpolitische Zielsetzung" von Gemeinderat Peter Heri vom 2. Juli 2014 am 30. September 2014 beantwortet.
5. Das fakultative Referendum betreffend Zonenplanänderung auf der Grossen Allmend ist am 16. August 2014 unbenutzt abgelaufen.
6. Das fakultative Referendum betreffend Trennung der materiellen Reglementsbestimmungen von den Tarifen für die Abgabe von Strom, Erdgas und Trinkwasser ist am 4. Oktober 2014 unbenutzt abgelaufen.
7. Das fakultative Referendum betreffend Einbürgerungsreglement ist am 3. November 2014 unbenutzt abgelaufen.
8. Der Stadtrat hat die Einfache Anfrage "Verschärfte Auflagen betreffend Abfallkonzept am Openair" von Gemeinderat Fredi Marty vom 19. August 2014 am 28. Oktober 2014 beantwortet.

9. Am 29. Oktober 2014 hat Herr Lui Eigenmann von den Thurgauer Nachrichten beim Präsidium ein Akkreditierungsgesuch eingereicht. Das Büro des Gemeinderats hat am 31. Oktober 2014 dieses Gesuch bewilligt.
10. Das Wahlbüromitglied Tobias Duewell von der Fraktion FDP/SVP/EDU hat seinen Rücktritt auf den 31. Dezember 2014 eingereicht. Die Ersatzwahl findet in der Dezember-Gemeinderatssitzung statt. Der Fraktion FDP/SVP/EDU steht das Vorschlagsrecht zu.
11. Mit Schreiben vom 10. November 2014 teilt Herr Hermann Lei seinen Rücktritt als Präsident der Einbürgerungskommission der Stadt Frauenfeld auf Ende der Legislatur 2011-2015 mit. An der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats vom Donnerstag, 28. Mai 2015 wird die Ersatzwahl durchgeführt.
12. Gemeinderat Herbert Vetter hat heute eine Einfache Anfrage "Kostendeckende Baubewilligungsverfahren" beim Präsidium eingereicht. Diese wird dem Stadtrat zur schriftlichen Beantwortung innerhalb von drei Monaten übergeben.

181

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 17. SEPTEMBER 2014

Der Gemeinderatspräsident: Bis zum heutigen Tag sind keine Korrekturen beim Ratsbüro eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom Mittwoch, 17. September 2014, gewünscht? Da das Wort nicht gewünscht wird, ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich bei der Ratssekretärin und allen weiteren Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

182

INTERPELLATION BETREFFEND "FUSSGÄNGERZONE AUCH AM VORMITTAG" VON GEMEINDERAT HEINRICH CHRIST

Der Gemeinderatspräsident: Ich erteile Gemeinderat Heinrich Christ das Wort für die Stellungnahme, ob die Antworten befriedigend sind oder nicht.

Gemeinderat Heinrich Christ: Ich bedanke mich herzlich für die Beantwortung der Interpellation zur Fussgängerzone. Die Antwort hat etwas länger gedauert. Dies ist kein Nachteil. Entsprechend blieb mehr Zeit, über die Innenstadt zu diskutieren. Das ist wichtig. Frauenfeld muss sich ernsthaft über die Zukunft der Innenstadt unterhalten. Und nebenbei gesagt, wenn die Innenstadt in den Fokus rückt, ist das bestes Marketing für die Innenstadtgeschäfte. Der Stadtrat geht zufriedenstellend auf unsere Fragen ein. Was uns freut: Er stellt seine Antworten ansatzweise in einen grösseren Zusammenhang. Das ist richtig. Die Ausgestaltung der Strassen in der Altstadt ist nur eine Teilfrage davon, wie wir allgemein mit unserem Strassenraum umgehen sollen. Ich beantrage Ihnen Diskussion. Gerne möchte ich darin folgende Fragen erörtern:

1. Was will der Bürger wirklich? Oder wer soll über die Nutzung der Altstadt bestimmen?
2. 20. oder 21. Jahrhundert – wie ist der Kompromissvorschlag des Stadtrats zu bewerten?

3. Menschenfreundliche Strassen oder ein neuer Blick auf den öffentlichen Raum und was das für Frauenfeld bedeuten kann.

Abstimmung: Der Diskussion wird mit 33 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Gemeinderat Heinrich Christ: Wer soll über die Nutzung der Altstadt bestimmen? In der Antwort des Stadtrats ist mehrmals von einer sogenannten Nutzungsstrategie die Rede. Es ist richtig, wenn die Gewerbetreibenden, die Immobilienbesitzer und einzelne Anwohner der Innenstadt in die Erarbeitung dieser Nutzungsstrategie miteinbezogen werden. Man sollte hier aber nicht haltmachen. Die Innenstadt ist das Herz der Stadt. Sie ist ein ganz zentraler öffentlicher Raum. Stakeholder der Innenstadt sind nicht nur Besitzer, Pächter und Mieter, sondern alle Frauenfelderinnen und Frauenfelder. Es ist bedauerlich, dass man die Diskussion um die Nutzung nur im kleinen Kreis führte. Das kann zu einseitigen Analysen führen. Ein Beispiel: Die Aussage aus der Bevölkerungsumfrage, die Innenstadt solle weiterhin hindernisfrei mit dem Auto zu erreichen sein, wird so interpretiert, dass in der Innenstadt selbst munter weiter parkiert werden soll, statt, wie es naheliegend ist, den Schluss zu ziehen, dass rund um die Innenstadt herum genügend Parkplätze vorhanden sein sollten. Es ist der Verdienst unserer Interpellation, dass die Diskussion um die Innenstadt etwas mehr an die Öffentlichkeit rückte.

Zum stadträtlichen Kompromiss oder "20. oder 21. Jahrhundert": Der Vorschlag des Stadtrats ist ein Kompromiss. Es ist erfreulich, dass ein Teil unserer Anliegen aufgenommen werden. Am Samstagmorgen darf endlich flaniert werden und die Begegnungszone schafft Platz für Neues. Aber es bleibt bei einem Kompromiss. Über die Chancen und Risiken von Kompromissen in der Verkehrsplanung könnte man natürlich noch weiter diskutieren. Noch eine Bemerkung zur zeitlichen Begrenzung als Versuchsbetrieb: Es ist einerseits sinnvoll, zuerst einmal zu schauen, aber ein Versuchsbetrieb birgt den Nachteil, dass innerhalb eines Jahres nur wenig Veränderung stattfinden kann. Ausserdem steht ein Versuch dem berechtigten Bedürfnis der Direktbetroffenen nach Planungssicherheit im Weg. Trotzdem freue ich mich, dass wir ein Stück weiterkommen und anerkennen den guten Willen des Stadtrats.

Klar, ich hätte mir Handfesteres und vielleicht mehr erhofft. Zum Beispiel einen klaren Entscheid, der auch den Geschäften und Immobilienbesitzern in der Innenstadt neue Wege ermöglicht hätte. Auch wenn manche das anders sehen, eine Fussgängerzone wäre auch für die Geschäfte eine Chance, sich weiterzuentwickeln und neue Kundensegmente zu erschliessen. Denn ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, das gibt es. Es gibt Menschen, die gehen gern zu Fuss einkaufen. Überlegen Sie sich einmal, weshalb Einkaufszentren so attraktiv sind. Klar, es gibt da Parkplätze, das ist die eine Seite. Viel wichtiger: Unsere Einkaufszentren sind doch vor allem deshalb attraktiv, weil man dort ungehindert flanieren und sich aufhalten kann. Oder wie man in Frauenfeld sagt: Ide Passage go abhänge.

Mit dem Vorschlag des Stadtrats sind wir immer noch stark in einem tendenziell autofixierten Denken verhaftet. Als 1990, vor 25 Jahren, eine ähnliche Interpellation behandelt wurde, antwortete der Stadtrat mit dem damaligen Verkehrsminister Alfred Pernet, dem bis heute niemand fehlende Autofreundlichkeit vorwerfen kann, ich zitiere: "In Anbetracht dessen, dass an Samstagen alle Parkplätze auf dem Marktplatz den Kunden der Innenstadt gratis zur Verfügung stehen, wäre der Stadtrat allenfalls dazu bereit, versuchsweise über eine befristete Zeit die Zufahrt in die verkehrsberuhigte Zone auch am Samstagvormittag zu sperren." So weit, wie wir heute

sind, hätten wir eigentlich bereits 1991 sein sollen. Es wird Zeit, dass wir etwas schneller vorankommen.

Ich komme zum dritten Punkt, zu den menschenfreundlichen Strassen. Wir benötigen eine neue Sichtweise auf unsere Strassen. Schon die Begriffe Verkehrspolitik und Verkehrsplanung führen in die falsche Richtung. Unsere Strassen sind mehr als Verkehrsflächen. Unsere Strassen sind vor allem auch öffentliche Räume. Räume, auf denen man leben und sich aufhalten kann. Und sie gehören auch zum Aussenraum der Bauten entlang der Strasse. Wenn wir menschenfreundlichere Strassen wollen, müssen wir alle diese Aspekte gleichermassen im Auge behalten. Schauen Sie sich einmal unseren Strassenraum an. Allzu lange stand nicht nur in Frauenfeld die Funktion als Verkehrsfläche im Vordergrund. Es wäre schön, wenn sich das einmal ändern würde. Wenn wir uns einig sind, dass Strassen nicht nur Verkehrsflächen, sondern ebenso öffentlicher Lebensraum sind, können wir, ohne dem Tunnelglauben zu verfallen, die Ausgestaltung unseres Strassennetzes neu angehen. Dabei sind prinzipiell drei Fälle zu unterscheiden:

1. Es gibt weiterhin Strassen, die primär dem Verkehr dienen. In diese Kategorie gehört in Frauenfeld eigentlich nur eine Strasse, unsere Stadtautobahn A7.
2. Es gibt zahlreiche Strassen, die zugleich Lebensraum und Verkehrsfläche sind. Da muss man sich überlegen, wie man beide Funktionen miteinander verbindet. Ein Ansatz ist eine ästhetische und funktional richtige Gestaltung, die Nutzungsstrategie, die auch in der Interpellationsantwort zitiert wird, macht hierzu interessante Aussagen. Es ist die Rede von Schlüsselstellen und Platzsituationen, die besser gestaltet werden sollen. Ich bin gespannt, wo und wann wir hier erste Schritte erwarten dürfen. Man muss sich bei solchen Strassen aber auch fragen welches Höchsttempo angemessen ist. In Wohnquartieren machen wir gute Erfahrungen mit Tempo 30. Dasselbe verdient unsere Innenstadt, auch wenn das den einen oder anderen Transitfahrer eventuell etwas ausbremst. Uns selbst und unserer Innenstadt sind wir das schuldig. Ein weiterer Ansatzpunkt sind Einbahnsysteme. Hier bin ich gespannt auf die Ergebnisse der laufenden Motion der Kollegen Geiges, Hodel und Elliker.
3. Es gibt Strassen, wo die Funktion als Ort der Begegnung und des Verweilens deutlich im Vordergrund steht. Da bieten sich, und damit wären wir wieder zurück beim Thema, Fussgängerzonen an. Auch wenn es in Frauenfeld, wie ich bemerkte, einer recht dicken Haut bedarf, um laut über Fussgängerzonen nachzudenken, auch das sind wir uns irgendeinmal schuldig. Eine Fussgängerzone, ein Platz zum Leben. Die Strassen sind unser Lebensraum, gestalten wir sie entsprechend.

Gemeinderat Philipp Geuggis, Referent der Fraktion FDP/SVP/EDU: Die Frauenfelder Altstadt an einem schönen Sommertag: Stell dir vor, du sitzt in einem Strassencafé, geniesst gemütlich deinen Espresso. Währenddem siehst du deinen Kindern und entspannten Menschen zu, die am Einkaufen sind auf der Zürcherstrasse, freust dich über die wärmenden Sonnenstrahlen, die all diese glücklichen Menschen in ein sommerliches Licht tauchen. So schön könnte es sein.

Aber zurück von den Tagträumen und dem Konjunktiv in die Realität. Die Realität ist, dass die Frauenfelder Altstadt während den Zeiten belebt ist, wo die Zufahrt mit dem Auto gestattet ist. Die Gewerbetreibenden in der Altstadt stellen klar fest, dass sie einen Grossteil ihres Umsatzes in der Zeit machen, wo die Zufahrt mit dem Auto möglich ist. Genau an diesem Punkt sieht die Fraktion FDP/SVP/EDU den Hauptkritikpunkt an der Forderung des Interpellanten. Eine lebendige und attraktive Altstadt ist nur mit einem florierenden Gewerbe denkbar. Wird dem Gewerbe aber der Lebensnerv abgeklemmt, ist das nicht mehr möglich. Die Einschätzung eines Grossteils der Ladenbesitzer in der Altstadt, dass durch die permanente Verbannung des Autoverkehrs ihnen die Existenzgrundlage entzogen wird, ist übrigens auch durch die Stadtanalyse des Netzwerks Altstadt bestätigt worden. Die Frauenfelder Altstadt ist schlicht zu kurz für einen attrakti-

ven Ladenmix. Zudem verhindern die baulichen Gegebenheiten mit relativ kleinen Häusern, dass grössere Detailhändler sich in der Altstadt ansiedeln könnten. Das wäre aber eine Voraussetzung für eine attraktive Einkaufsmeile. Der Interpellant hat festgestellt, dass die Bevölkerungsbefragung vom Herbst 2013 ergab, dass eine Mehrheit der Frauenfelder Bevölkerung sich eine höhere Aufenthalts- und Flanierqualität in der Altstadt wünscht. Leider hat er vergessen festzustellen, dass sich auch eine Mehrheit der Frauenfelder Bevölkerung wünscht, dass die Innenstadt weiterhin hindernisfrei mit dem Auto erreicht werden kann. Dies zeigt klar auf, dass die am Anfang von mir beschriebene Vorstellung sehr wohl in den Köpfen der Menschen ist, die Realität aber doch ein bisschen anders aussieht und die Mehrheit doch mit dem Auto vor den Laden fahren können will. In der Realität ist es übrigens auch nicht immer Sommer und es ist schon gar nicht immer schönes Wetter. Wo bleibt denn die romantische Stimmung, die zum Verweilen einlädt, wenn es in Strömen regnet oder eiskalt ist?

Fakt ist, die Frauenfelder Altstadt ist zu klein, um einen attraktiven Ladenmix zu beherbergen, die eine funktionierende, permanente Fussgängerzone ermöglichen würde. Die Bevölkerungsumfrage hat ergeben, dass eine Mehrheit der Frauenfelderinnen und Frauenfelder die Altstadt hindernisfrei mit dem Auto erreichen können will. Die Gewerbetreibenden in der Altstadt machen einen Grossteil ihres Umsatzes während den Zeiten, wo die Zufahrt mit dem Auto erlaubt ist. Und sie haben zu Recht Angst um ihre Existenz im Fall einer Verbannung der Autos aus der Altstadt. Die immer wieder herbeigewünschten Strassencafés könnten mit den wenigen schönen Sommertagen mit Sicherheit nicht wirtschaftlich geführt werden und bleiben eine schöne Wunschvorstellung. Jeder, der sich während der autofreien Zeit in der Altstadt aufhält, wird feststellen, dass sehr wenig Betrieb ist. Die reine Fussgängerzone, die ja bereits jetzt an den Nachmittagen besteht, funktioniert offensichtlich nicht und ist zu wenig attraktiv, um die Menschen anzulocken. Mit einer permanenten Fussgängerzone wird die Altstadt ganztags ausgestorben sein. Aus diesen Gründen ist die Fraktion FDP/SVP/EDU einstimmig und diskussionslos gegen eine permanente Fussgängerzone in der Altstadt.

Gemeinderat Michael Hodel, Referent der Fraktion CVP/EVP: Wir haben in unserer Fraktion die Interpellation und die Antwort des Stadtrats ausführlich behandelt. Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und die Darlegung der Fakten.

Unsere Fraktion teilt die Meinung des Stadtrats und unterstützt den vorgeschlagenen Weg. Es ist uns durchaus bewusst, dass für die Nutzung der Altstadt verschiedene Bedürfnisse und Vorstellungen vorhanden sind. Wie die Antwort des Stadtrats aufzeigt, wird die Entwicklung der Altstadt nicht sich selbst überlassen. Im Gegenteil. Seit Längerem wird mit den verschiedenen involvierten Gruppen nach Lösungen für eine Aufwertung gesucht. Es hat sich deutlich gezeigt, dass ein ganztägiges Fahrverbot mit grösster Wahrscheinlichkeit Kunden aus der Altstadt fernhalten würde. Ein Verbot für den motorisierten Verkehr wäre deshalb aus unserer Sicht fatal und wohl das Gegenteil von dem, was sich die Interpellanten wünschen. Es ist wichtig, zwischen Realität und Wunschdenken zu unterscheiden. Realität ist, dass viele Kunden für den Einkauf in der Altstadt das Auto benutzen. Wie sinnvoll dies ist, darüber kann man diskutieren. Es ist aber eine Tatsache. Ein Verwehren dieser Möglichkeit würde aus unserer Sicht nicht dazu führen, dass wesentlich mehr Personen neu das Velo nähmen, um in die Altstadt zu gelangen, sondern dass stattdessen ein Geschäft gewählt wird, welches mit dem Auto erreicht werden kann. Es ist uns wichtig, dass die Altstadt als Begegnungszone aufgewertet wird, dies jedoch, ohne den motorisierten Verkehr zu verbannen. Ein Mitglied unserer Fraktion kennt die Situation in Wil sehr gut. Dort wurde der obere Teil der Altstadt zu einer reinen Fussgängerzone umgestaltet. Die Auswirkungen dieser Massnahme sind, dass dieser Teil mehr und mehr ausstirbt und die Ladengeschäfte schliessen müssen. Ähnliche Auswirkungen wollen wir verhindern. Es ist im Sinn unserer Frak-

tion, dass die vom Stadtrat vorgeschlagenen Massnahmen umgesetzt werden und nach zwölf Monaten mit Ladenbesitzern und Nutzern der Altstadt evaluiert wird, wie sich das System bewährt. Wir sehen den vorgeschlagenen Weg grossmehrheitlich klar nicht als einen ersten Schritt in Richtung einer ganz autofreien Altstadt, sondern als einen prüfenswerten, guten Kompromiss. Wir danken dem Stadtrat für seine Antwort, bei den an der Planung und Umsetzung der Aufwertung der Innenstadt beteiligten Personen bedanken wir uns für ihr Engagement und wünschen für die Umsetzung viel Erfolg. Den Interpellanten empfehlen wir, dem vom Stadtrat vorgeschlagenen Weg eine Chance zu geben.

Gemeinderat Ralph Hobor, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Vieles scheint laut dem Stadtrat gegeben. Der Versuchsbetrieb mit einer Begegnungszone in der Altstadt könnte bald Tatsache sein. Das ist in unseren Augen ein Schritt, wenn auch nur ein kleiner. Vieles scheint jedoch auch heute noch unklar, vieles bleibt vage. So soll zum Beispiel die Aufwertung der Freie Strasse mit Tempo 20 erreicht werden. Dabei gibt es gerade in diesem Bereich vieles zu klären. Was geschieht mit den zu vielen Parkplätzen? Was gibt dem Besucher einen Mehrwert? Wo soll er sich aufhalten? Gerade wenn man die Parkplätze in der Freie Strasse reduzieren oder gar entfernen würde, böte sich Raum zur Verwirklichung von Ideen von Kunst und Kultur, von Gastronomie und nicht zuletzt Raum zum Verweilen – mitten in der wunderschönen Stadt ohne Verkehrslärmbelästigung. Warum verlegt man nicht den Wochenmarkt in die Altstadt? Die Infrastruktur ist gegeben, der Markt hat sich etabliert und wird von vielen Seiten geschätzt. In der Altstadt erhielte er einen ihm würdigen Rahmen und würde weitere Menschen ins Zentrum locken und sie so zum Einkaufen und Weiterverweilen einladen. Weiter müsste zwingend ein Konzept vorhanden sein, wie man die neu geschaffenen Parkplätze auf dem ehemaligen Huberareal sinnvoll und sicher mit der Altstadt verbindet. Hier böte sich eine Einbindung der Bankgasse an. Umso kürzer die Wege, umso mehr Leute kommen zu Fuss in die Altstadt. Aus den Leitzielen des Stadtrats 2011-2015 Abs. 5.3 lässt sich folgender Satz zitieren: "Am Altstadtrand stehen genügend Parkplätze für Altstadtbewohnende und –besuchende bereit." Der Altstadtrand befindet sich weder in der Freie Strasse noch in der Zürcherstrasse. Der Stadtrat wird in der Beantwortung der Fragen leider wenig konkret. Für uns bleibt es offen, ob der Stadtrat tatsächlich das Ziel einer autofreien Altstadt verfolgt oder daran festhalten will, wenn immer möglich Autos durch die Altstadt zu lenken. Es gibt in unseren Augen keinen Grund, eine autofreie und lebenswerte Altstadt an eine womöglich noch lange auf sich wartende Entlastungsstrasse zu koppeln. Nur eine echte Fussgängerzone in der Altstadt schafft mehr Aufenthalts- und Lebensqualität. Für uns ist klar, eine Tempo-20-Zone macht den Verkehr zwar langsamer, doch er ist nicht weg. Das Ziel muss weiterhin eine autofreie Altstadt sein.

Gemeinderätin Sandra Kern: Entweder ganz oder gar nicht – das ist meine Ansicht. Bei einem Thema wie verkehrsfreie Innenstadt gibt es keine Kompromisslösung. Das Thema ist alt und wird emotional diskutiert. Das hat man hier auch etwas herausgehört. Unterschiedliche Bedürfnisse prallen aufeinander und Ängste entstehen, vor allem bei den Ladenbesitzern in der Altstadt, und dies ist verständlich. Denn es würde sich vieles ändern. Doch was sich wirklich ändern wird, können wir erst erfahren, wenn wir uns auch trauen, einen solchen Schritt zu gehen. Eine halbpatzige Zwischenlösung oder dieser Versuchsbetrieb jedoch bringen ebenso wenig diesen gewünschten Erfahrungswert. Doch man geht diesen Weg, da es der sichere zu sein scheint und weniger Widerstand mit sich bringt. Doch ist dem wirklich so? Die Ladenbesitzer müssen mit der Halblösung auch wieder Veränderungen hinnehmen. Diese benötigen Ressourcen und haben für sie weder kurzfristig noch langfristig einen Nutzen. Auch beim Widerstand könnte man sich fragen, was mehr schadet. Immer wieder ein bisschen oder einmal heftig. Bei einer Übergangslösung oder einem Versuchsbetrieb kann sich gar nicht das einrichten, was möglich wäre, wenn es einmal komplett autofrei oder komplette Begegnungszone oder was auch immer man an-

strebt, wäre. Die Wirtschaft kann gar nicht spielen, denn es ist kein langfristiger Zustand. Denn unter diesen unsteten Rahmenbedingungen werden wohl die wenigsten etwas aufbauen wollen oder die jetzigen Ladenbesitzer weiterplanen können. Dies zum einen Punkt.

Zum anderen stört mich auch grundsätzlich jeweils die Diskussion. Was mich stört, ist, dass alle zu wissen glauben, was sich ändern wird. Es wird jedoch in meinen Augen nur immer der Verlust betrachtet und nur selten der Gewinn. Dies ist naheliegend, denn psychologisch wird Verlust klar stärker gewichtet als Gewinn. Des Weiteren ist in einer solchen Situation die Vorstellung des Gewinns sicherlich erschwert, da man ihn nicht wirklich vorhersehen kann. Wir sehen nur den momentanen Ist-Zustand oder die Realität, wie Kollege Geuggis erwähnt hat. Doch welche Faktoren wirklich zu dieser Realität führen, das können wir nicht beurteilen. Jeder, der wissenschaftlich denkt, weiss das. Was wäre wenn? Das ist schwierig. Daher fokussiert man auf den Verlust. Die Ladenbesitzer verlieren Kunden, die Kunden verlieren ihre bequeme Einkaufsmöglichkeit. Die Ladenbesitzer sind überzeugt davon, dass diese Leute, welche heute in der Innenstadt einkaufen, dann nicht mehr so oft kommen. Das kann gut sein. Doch wie könnte der Gewinn aussehen? Wie kann man wissen, wie viele Personen heute nicht in die Innenstadt gehen, weil dort Autos verkehren oder weil es kein geeignetes Café für ein Treffen mit der Freundin gibt? Das ist wirklich schwierig vorstellbar. Aber weder die heutigen verkehrsfreien Nachmittage noch die zukünftigen Samstage werden diese Frage beantworten. Denn eine solche halbe Sache löst nicht wirklich Veränderungen in den Gewohnheiten der Bevölkerung aus. Die Frauenfelder Bevölkerung kann und wird sich so nicht anpassen. Sie verschiebt sich einfach. Die einen gehen eher am Samstag nach dem Markt in die Altstadt, die anderen mit dem Auto während der Woche. Aber es bleiben dieselben Leute und derselbe Verkehr wie bisher. Viele sagen ja, der Frauenfelder will nun einfach einmal mit dem Auto beinahe in den Laden hineinfahren. Der Frauenfelder. Doch wir Frauenfelder sind doch keine anderen Menschen als andernorts. Wir sind uns einfach anderes gewohnt. Das ist das, was wir wirklich alle sind. Gewohnheitstiere, die ihre Verhaltensmuster nur ungern verändern. Auch wir können und werden 200 Meter zu Fuss vom Marktplatz auf uns nehmen, wenn wir uns erst einmal daran gewöhnt haben. Und wir werden uns auch daran gewöhnen und gewöhnen uns gern um, aber erst, wenn wir auch den positiven Effekt erkennen können und nicht nur den Verlust, das, was wir nicht mehr tun dürfen. Diese positiven Seiten wiederum müssen aber erst entstehen, bevor sie erkannt werden können. Und dies geschieht erst, wenn die Veränderung wirklich durchgeführt wurde. Das gemütliche Café oder der eine oder andere Laden, den sich alle wünschen, kommen erst nach der Aufwertung und nicht umgekehrt. Daher bin ich der Meinung, dass es nur ein entweder ganz oder gar nicht gibt. Die einzige Frage ist, was wollen wir wirklich? Was sind unsere Visionen, was will die Frauenfelder Bevölkerung? Wie soll Frauenfeld in ein paar Jahren aussehen? Falls diese Fragen klar sind, sollten wir eine Entscheidung treffen. Aber wenn, dann eine Richtige, auch wenn sie ein gewisses Wagnis mit sich bringt.

Gemeinderat Heinrich Christ: Kollege Schläpfer hat ja die schöne Tradition eingeführt, seine Voten mit nützlichen Belehrungen zu versehen. Das möchte ich heute auch machen. Das Thema heute ist der Unterschied zwischen einer Korrelation und einer Kausalität.

In den Voten der beiden bürgerlichen Fraktionen wurde zwei Mal dargelegt, dass ganz offensichtlich am Morgen am meisten Autos in der Altstadt sind und offensichtlich auch am Morgen am meisten Umsatz getätigt wird. Das ist eine Korrelation. Das kann man beobachten und es ist empirisch feststellbar. Aber sind die Autos am Morgen auch der Grund für den höheren Umsatz? Ist das wirklich so? Das wäre eine Kausalität. Das haben Sie behauptet. Ich denke, es gibt ganz viele andere Gründe, warum am Morgen mehr Umsatz in den Geschäften gemacht wird, zum Beispiel viel naheliegender, Frauenfeld ist eine Familienstadt – das steht

auch auf unserem Label. Eine Stadt mit vielen Senioren und eine Stadt mit traditionellem Einkaufsverhalten. Und traditionellerweise mit Familie etc. kauft man eben am Morgen ein. Also keine voreiligen Schlüsse und bitte geben Sie sich einen Ruck.

Gemeinderat Peter Hausammann: Eine kleine Bemerkung zum Thema, die Altstadt muss mit dem Auto hindernisfrei erreichbar sein. Das ist ja offenbar das einzige, was für SVP, FDP und EDU zählt, abgesehen davon, dass man einmal diskutieren müsste, was hindernisfrei erreichbar heisst. Wir sind ja nicht Rollstuhlfahrer. Auch ohne die Parkplätze auf der Zürcherstrasse gibt es wohl keine Stadt in Mitteleuropa mit so vielen Parkplätzen im Zentrum pro Quadratmeter Verkaufsfläche. Die Drohung oder das Schwierige, das da jemand mit dem Velo in der Stadt beim Godi das Altstadtbrot oder das Gipfeli holen muss: Es ist natürlich schön, wenn man das mit dem Velo macht, aber das muss niemand. Wir verlangen doch das von niemandem. Das soll jeder selber entscheiden. Aber man muss sich schon überlegen, ob man mit dem Auto bis in den Laden hinein vor das Gipfeliregal fahren muss. Da machen wir ein grosses Fragezeichen. Es bleiben ein paar Schritte von den vielen, vielen Parkplätzen am Rand der Altstadt. Probieren Sie es einmal aus. Das ist näher und braucht weniger Zeit, als wenn Sie zum Beispiel in der Passage etwas holen. Bis Sie durch den unterirdischen Kreisel gefahren sind, durch die Schranke, die x quietschenden Kurven genommen haben, in das enge Parkfeld eingeparkt sind – gehen wir davon aus, dass es ohne Blechschaden geht, wir können ja alle gut Auto fahren – bis Sie zum Lift gegangen sind, allein der Weg von gewissen Parkplätzen zum Lift ist weiter als von der Promenade bis zum Godi oder zum Parolari für den Goldschmuck. Den Goldschmuck kann man ja gut tragen, der ist nicht so schwer. Bis Sie dann auf den Lift gewartet haben, mit dem Lift nach oben gefahren sind, zum gewünschten Geschäft gegangen sind, dort drin sind – bis dann haben Sie nicht nur das Brot, das Gipfeli oder den Goldschmuck gekauft, sondern Sie sitzen schon beim Kaffee oder beim Apéro im "Bume".

Stadtrat Urs Müller: Besten Dank für Ihre Diskussion mit den engagierten Voten. Ich verzichte auf Wiederholungen und Aussagen in der Interpellationsbeantwortung und auch Bekanntes. Wir haben ja auch eine Fokusveranstaltung im September dazu gemacht. Leider stand dann eher ein anderes Thema als die Innenstadt im besagten Fokus. Manchmal, wenn ich einer Diskussion zuhöre, wünschte ich mir wieder einmal nur für eine bestimmte Zeit vielleicht einen Rollenwechsel. Wieder einmal bei Ihnen im Parlament zu sein und einfach darüber reden zu können, so wie das auch – Sie sind ja die Volksvertreter – im Volk gemacht wird. Wir in der Exekutive haben dann die Aufgabe, daraus irgendetwas umzusetzen und das erweist sich bei diesem Thema doch einmal mehr als schwierig.

Zu Gemeinderat Hobor: Genannte Ideen wie zum Beispiel Zugang zur Tiefgarage im Wohnpark Promenade oder Aufwertung Freie Strasse, da haben wir definitiv unsere Vorstellungen und sind am Thema und haben auch Vorstellungen davon bildlich an der Fokusveranstaltung gezeigt.

Zu Gemeinderat Geuggis: Ich denke, man muss einfach die Vorstellung der Altstadt, wie wir es gemacht haben, in einem grösseren Rahmen sehen als nur der Teil Zürcherstrasse von der Kirche bis zum Scharfen Eck, und vor allem auch an Möglichkeiten denken, bzw. Aufenthaltsflächen, die heute so gar nicht bestehen.

Zu Gemeinderätin Kern: Man sieht ja die Geschichte. Es ist eine lange Geschichte dieser Innenstadt. Da denke ich, man sollte jetzt nicht gleich nach all dem, was geschehen oder eben nicht geschehen ist, mit dem Hammer einfahren, dies auch an Gemeinderat Christ, dem wir diese Interpellation verdanken. Ich denke, der richtige Weg wäre der Versuch, den wir jetzt auch wirklich wagen wollen. Wenn ich also das Fazit ziehe, dann haben wir Meinungen einmal mehr von

links nach rechts oder anders gesagt, bei diesem Thema, von Beibehalten und nichts Machen bis zu Sperrung und Fussgängerzone. Das ist symptomatisch für Fragen der Verkehrspolitik und macht auch die konkrete Umsetzung und Lösungen auf den Boden zu bringen, sehr schwierig und langwierig.

Wenn ich dies zusammenfasse, bin ich der Meinung, der Vorschlag des Stadtrats für die Altstadt mit der Begegnungszone und den geänderten Zufahrtszeiten ist eine Lösung, die in der Mitte liegt. Eine pragmatische Kompromisslösung, mit welcher versucht wird, schrittweise ans Ziel, wie im Verkehrsrichtplan genannt, zu gelangen. Gut schweizerisch eben. Und im Weiteren ist es erst ein Versuchsbetrieb, damit bei Bedarf justiert werden kann. Aber weitere Abstriche bereits im Vorfeld auf die eine oder andere Seite darf es aus meiner Sicht bei dieser Lösung nicht mehr geben. Somit lassen Sie es uns versuchen nach dem Motto, wie es auch verkündet wurde: Der Stadtrat handelt.

Zuletzt noch dies: Der heutige Tag zeigt auch, dass es offenbar einfacher ist, auf einem Kometen zu landen, als eine Verkehrslösung für die Innenstadt zu finden, die alle gut finden. Oder anders gesagt: Offensichtlich ist es einfacher, 800 Millionen Kilometer mit einer Sonde zu fliegen, als 200 Meter vom Marktplatz in die Altstadt zu Fuss zu gehen.

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Da das Wort vom Gemeinderat nicht mehr gewünscht wird, schliesse ich die Diskussion.

183

FRAGESTUNDE

Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Ich denke, wir werden es mit der Stunde nicht so genau nehmen können. Andererseits bitte ich alle, jeweils zum speditiven Ablauf beizutragen. Gestützt auf Art. 47 des Geschäftsreglements haben elf Mitglieder 15 Fragen termingerecht eingereicht. Der Ablauf der Fragestunde erfolgt wie üblich. Zuerst verliest das jeweils von mir aufgerufene Ratsmitglied am Rednerpult die Frage, diese Frage wird durch den zuständigen Stadtrat respektive durch den Stadtammann beantwortet. Anschliessend hat die fragstellende Person die Möglichkeit, gemäss Art. 47 Abs. 3 des Geschäftsreglements eine Ergänzungsfrage zu stellen. Die Fragen haben Sie alle an Ihrem Platz aufgelistet vorgefunden. Ich hoffe, dass dies auch ein etwas effizienteres Vorankommen ermöglichen kann, weil jeder weiss, wann er an der Reihe ist und es somit flüssig ablaufen dürfte.

Gemeinderat Thomas Gemperle: Bereits vor einem Jahr habe ich mich über die Kosten und ein allfälliges Konzept vom Stadtportal Frauenfeld erkundigt. Ich gehe davon aus, dass die damals kommunizierten Kosten und die Ziel- und Planlosigkeit dieses Projekts unverändert blieben. Meine Fragen: Wie hoch sind die Zugriffszahlen im ersten Halbjahr des Betriebs und wie hoch sind die Zugriffszahlen im zweiten Halbjahr des Betriebs? Mich interessieren vor allem die Page Impressions, die Unique Visitors und die durchschnittliche Verweildauer.

Stadtammann Carlo Parolari: Besten Dank für diese interessante Frage. Ich kann Ihnen diese Zahlen gern vortragen. Vom 1. November 2013 bis zum 30. April 2014 wurden auf dem Stadtportal Frauenfeld total 106'260 Seitenaufrufe verzeichnet. Gesamthaft waren es 9'890 Nutzer, die das Stadtportal insgesamt 15'242 Mal besuchten. Die durchschnittliche Verweildauer auf der Webseite betrug 2 Minuten 54 Sekunden. Im ersten halben Betriebsjahr wurden 35,1 % wiederkehrende Besucher verzeichnet und entsprechend 64,9 % neue Besucher. Im zweiten Halbjahr vom 1. Mai 2014 bis 31. Oktober 2014 wurden auf dem Portal total 138'910 Seitenaufrufe verzeichnet, das sind 30 % mehr. Gesamthaft waren es 14'162 Nutzer, die das Stadtportal insgesamt 21'855 Mal besuchten. Die durchschnittliche Verweildauer auf der Webseite betrug 2 Minuten 52 Sekunden, also 2 Sekunden weniger. In der zweiten Hälfte waren es 38,7 % wiederkehrende und 61,3 % neue Besucher.

Gemeinderat Pascal Frey: Es sind Sicherheitslücken in der Informatik vorhanden. Das ist kein Geheimnis. Wer diese als Erster findet, kann sie nutzen, in fremde Systeme eindringen und zum Beispiel sogenannte Malware installieren. Es gab in diesem Jahr einige spektakuläre Datendiebstähle wie bei der Code Spaces oder bei den Kreditkartenanbietern. Meine Frage deshalb: Wie schützt sich die Stadt Frauenfeld vor solchen Angriffen und entsprechenden sensiblen Daten der Bürger?

Stadtammann Carlo Parolari: Die Stadt Frauenfeld betreibt die zentralen Gemeindeapplikationen beim Verwaltungsrechenzentrum in St. Gallen (VRSG). Die sensiblen Daten wie Einwohnerregister, Steuerdaten, Finanz- und Lohndaten werden mit Programmen des Rechenzentrums verwaltet. Das Rechenzentrum in St. Gallen betreibt intern eine eigene Abteilung Systemsicherheit mit ausgewiesenen Fachleuten. Die Netzwerkverbindungen zum Rechenzentrum laufen ausschliesslich über "private Glasfaserleitungen" der Kantone Thurgau und St. Gallen, die ihrerseits von Systemspezialisten dieser beiden Informatikabteilungen der Kantone überwacht werden. Es findet keinerlei Datenverkehr über das öffentliche Internet statt. Die Datenkommunikation erfolgt zudem über verschlüsselte Datenprotokolle und die Sicherheit der Daten ist nach heutiger Sicht im Rahmen des technisch Möglichen und Finanzierbaren sehr gut gewährleistet. Die Informatikabteilung der Stadt Frauenfeld hat ihre Kommunikationsverbindungen ins Internet mit einem dreistufigen Firewallsystem gesichert, die innerste Stufe wird von der städtischen IT-Abteilung verwaltet und aktuell gehalten, die beiden äusseren Firewalls werden von der Swisscom betrieben und administriert. Diese Schutzmassnahmen bieten ein sehr hohes Mass an Sicherheit bei der Kommunikation mittels E-Mail und Internet.

Gemeinderat Peter Hausammann:

1. Wie hoch ist die aktuelle monatliche Entlastung durch die letzte Senkung des Steuerfusses um 3 % für
 - a) eine Familie mit zwei Kindern, Eltern verheiratet und einem Einkommen von netto 5'000 Franken (nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge) pro Monat, mal zwölf
 - b) von 7'000 Franken?
 - c) von 10'000 Franken?
 - d) von 15'000 Franken?
2. Für 2015 ist ein Defizit von 1,6 Mio. Franken budgetiert. Wie sähe das Ergebnis der Erfolgsrechnung ohne die letzte Steuerfussreduktion aus?
3. Wie hoch wären die Mittel, welche der Stadt per Ende 2014 kumuliert zusätzlich zur Verfügung stünden, um die geplanten hohen Investitionen selber zu finanzieren, wenn
 - a) die letzte Steuerfussreduktion nicht beschlossen worden wäre?
 - b) die letzten beiden Steuerfussreduktionen nicht beschlossen worden wären?

Stadtammann Carlo Parolari:

Frage 1:

- a) Bei einem Einkommen von 5'000 Franken pro Monat ist die Einsparung ca. Fr. 0,95, also 95 Rappen pro Monat oder Fr. 11.15 pro Jahr.
- b) Bei einem Einkommen von 7'000 Franken pro Monat ist die Einsparung ca. Fr. 4.45 pro Monat oder Fr. 53.15 pro Jahr.
- c) Bei einem Einkommen von 10'000 Franken ist die Einsparung ca. Fr. 10.50 pro Monat oder Fr. 125.75 pro Jahr.
- d) Bei einem Einkommen von 15'000 Franken pro Monat ist die Einsparung ca. 21 Franken pro Monat oder Fr. 251.75 pro Jahr.

Frage 2:

Ein Prozent des Steuerfusses hat aktuell einen Wert von 565'000 Franken. Somit würden nur auf den Positionen des laufenden Jahres Natürliche und Juristische Personen 1,695 Mio. Franken mehr Steuerertrag stehen. Dazu kämen dann noch leicht höhere Erträge bei den Nachträgen der Vorjahre, welche aber nur sehr schwer zu schätzen und zu berechnen sind. Die Schätzung des Steueramts beläuft sich hier auf ca. 150'000 Franken aus den Vorjahren. Somit wäre das Gesamtergebnis um ca. 1,8 Mio. Franken besser, wenn die letzte Steuerfussreduktion nicht vorgenommen worden wäre.

Frage 3:

Ohne die letzte Steuerfussenkung im Jahr 2012 wären es 1,491 Mio. Franken, 2013 1,569 Mio. Franken plus rund 150'000 Franken aus den Vorjahren, 2014 1,632 Mio. Franken plus rund 150'000 Franken aus den Vorjahren. Wir sprechen aufkumuliert von rund 4'992'000 Franken, also knapp 5 Mio. Franken, die durch die letzte Steuerfussreduktion fehlen.

Ohne die letzten beiden Steuerfussenkungen wären es 2011 1,43 Mio. Franken, 2012 2,982 Mio. Franken plus 150'000 Franken, 2013 3,138 Mio. Franken plus 300'000 Franken aus den Vorjahren und 2014 3,264 Mio. Franken plus 300'000 Franken aus den Vorjahren. Die beiden Steuerfussreduktionen aufkumuliert ergäben ca. 11'565'000 Franken mehr.

Gemeinderat Peter Hausammann: Fakultativ die Frage, ob der Herr Stadtammann die Auffassung teilt, dass bei diesen Reduktionen eine Familie mit einem Einkommen von 7'000 Franken pro Monat und einer Einsparung von Fr. 4.45, also einen Café Creme mit 5 Rappen Trinkgeld, oder bei 10'000 Franken Einkommen und einer Ersparnis von Fr. 10.50, also 2 Café Creme und 1 dl Mineralwasser die Mehrheit der Familien diese Steuersenkung praktisch überhaupt nicht spüren, dass aber auf der anderen Seite mit 11 Mio. Franken doch ein hoher Betrag bei unseren doch hohen Investitionen fehlt.

Stadtammann Carlo Parolari: Der erste Teil Ihrer Frage ist wohl rhetorisch gemeint. Den können alle für sich selber beantworten. Wir müssen die Auswirkungen auf die Stadtfinanzen beurteilen und es ist so, Sie mögen sich daran erinnern, dass der Druck aus Ihren Reihen, aus dem Parlament nach Steuerfussreduktionen sehr deutlich, gar überdeutlich war. Der Stadtrat hat im Sinn eines politischen Kompromisses diese drei Prozent vorgeschlagen. Es wurden da Zahlen von fünf bis zehn Prozent, die locker möglich wären, aus Ihren Reihen in den Raum gestellt. Wir haben drei Prozent vorgeschlagen im Sinn einer Flucht nach vorn, und es sind diese Zahlen, die uns jetzt fehlen.

Gemeinderatsvizepräsidentin Evelyne Buff Kinzel: Auswirkungen der Sparmassnahmen an unseren Kantonsschulen und mögliche Unterstützung durch die Stadt Frauenfeld: Die beschlossenen Sparmassnahmen des Kantons betreffen auch die Kantonsschulen Frauenfeld und werden

einen nicht unwichtigen Einfluss auf die Entwicklung und das Angebot der Schule haben. Die Kantonsschule ist stark mit der Stadt Frauenfeld verbunden, weshalb die Auswirkungen nicht nur für die Schule, sondern auch für uns Frauenfelder von grossem Interesse sein müssen.

Deshalb meine Frage: Was hält die Stadt davon, dass die Schülerzahlen an der Kantonsschule durch die Sparmassnahmen und die zukünftige freie Wahl der Kantonsschule im Hinterthurgau mittelfristig um ungefähr 20 Prozent schrumpfen werden und dadurch unter anderem auch das heute breite Angebot an Schwerpunkt- und Wahlfächern stark gefährdet ist?

Stadtammann Carlo Parolari: Ich schicke voraus, dass Sie, Frau Gemeinderätin Buff, eine Einfache Anfrage zum ähnlichen Thema oder zum Fragenkomplex eingereicht haben. Diese Anfrage wird Ihnen Anfang/Mitte Dezember verschickt und entsprechend beantwortet.

Ein gutes Bildungssystem ist unbestreitbar ein wesentlicher Erfolgsfaktor einer Volkswirtschaft. Es ist auch ein wichtiger Standortfaktor für eine Stadt. Gut ausgebildete Arbeitnehmende sind in der heutigen Wirtschaft ein entscheidender Wettbewerbs- und Standortvorteil. Frauenfeld hat eine gute Bildungslandschaft. Die Kantonsschule nimmt hier eine sehr wichtige Funktion ein. Gemäss den publizierten Jahresberichten sind die Schülerzahlen an der Kantonsschule Frauenfeld relativ konstant in den letzten Jahren. Die Statistiken für die kommenden acht Jahre zeigen eine Stagnation oder einen leichten Rückgang. Woher die Zahl von 20 Prozent kommt, konnte ich nicht genau verifizieren.

Aufgrund dieser Entwicklung kann es zutreffen, dass die Angebote der Frei- und Ergänzungsfächer an der Kantonsschule Frauenfeld reduziert werden müssen, was dann unbestreitbar eine Qualitätseinbusse zur Folge haben kann. Diese Gefahr der Fächerreduzierung wird zusätzlich durch den vorhandenen Kostendruck auf Kantonsebene erhöht. Der Stadtrat sieht dieser Entwicklung mit einer gewissen Sorge entgegen, ohne sie allerdings im jetzigen Zeitpunkt zu dramatisieren. Für die momentanen Schülerzahlen ist das Angebot im Kanton Thurgau mit drei Kantonsschulen Frauenfeld, Kreuzlingen und Romanshorn, der Pädagogischen Maturitätsschule als Vorbereitungsmaturität für die PH und nun auch dem Angebot der Kanti Wil überaus umfangreich und da könnte man durchaus diskutieren, ob das richtig ist. Ich muss aber darauf hinweisen, die Kantonsschulen befinden sich unter der Leitung des Regierungsrats des Kantons Thurgau und der kantonalen Verwaltung. Der Stadtrat hat keine Funktion im Zusammenhang mit dem Betrieb oder der Förderung der Kanti Frauenfeld, und wir haben auch keine Möglichkeiten, direkte Massnahmen zu ergreifen, welche die Kantonsschule aufwerten könnten. Es ist ein wichtiger Standortfaktor, ich habe es gesagt, und ich stehe persönlich in regelmässigem Kontakt mit dem Rektor. Im Kantonsrat setzen wir uns ein für den Standort unserer Kanti hier in Frauenfeld und wir setzen auf Vernetzung mit der Wirtschaft, insbesondere auch mit dem Gewerbeverein und dem Industrieverein, dass hier miteinander gesprochen wird und der Standort gestärkt wird.

Gemeinderatsvizepräsidentin Evelyne Buff Kinzel: Beurteilung der bisher erlassenen Vorschriften für Hundehalter und deren Auswirkungen, eventuell mögliche Anpassungen: Seit Mai 2006 besteht in mehreren Gebieten der Stadt Frauenfeld Einschränkung für Hundehalter aufgrund vereinzelter Beschwerden. So gilt seither zum Beispiel der Leinenzwang im Bürgerholz, Pfaffenholz wie auch im Riegerholz. Die Mehrzahl der Hundehalter verhält sich korrekt und erfüllt bereits viele Vorschriften und Regeln wie Sachkundekurs oder ein Nachweis von Erziehungsstunden. Sie zeigen somit ihren guten Willen. Im Gegensatz zu anderen Gruppierungen wie Mountainbiker und anderen Sportarten zahlen sie für ihre Haltung sogar eine Steuer, nämlich die Hundesteuer. Trotzdem mangelt es leider oft an Toleranz gegenüber den Hundehaltern.

Meine Fragen:

1. Wie beurteilen die Verantwortlichen den Erfolg dieser Massnahme?
2. Gab es gestützt auf dieses Anleingebot Anzeigen Privater?
3. Ist die Entwicklung und Tendenz eher besser oder schlechter geworden?
4. Besteht die Aussicht, dass die Anleingebote wieder gelockert, eventuell teilweise sogar aufgehoben werden könnten, nachdem sich erwiesen hat, dass durch die Kontrollen sich das Verhalten der Hundehalter verbessert hat?

Stadtammann Carlo Parolari:

1. Im Jahr 2006 wurde in den Gebieten Burgerholz, Riegerholz, Pfaffenholz und im Wäldchen nördlich der Wannefeldstrasse ein Anleingebot erlassen. Grundlage ist § 3 Abs. 1 des Hundegesetzes, in welchem es heisst: In Park-, Schul-, Spiel- oder Sportanlagen sowie an verkehrsreichen Strassen sind die Hunde an der Leine zu führen.
Das ist ein Gebot, das muss man gar nicht erlassen. Die Gemeinden können weitere Orte bezeichnen. Das hat der Stadtrat gemacht. Bezüglich Erfolg kann der Stadtrat keine eindeutige Aussage machen. Es kann jedoch nicht daraus geschlossen werden, dass sich das Verhalten der Hundehalter gebessert hätte.
2. Gestützt auf das Anleingebot sind uns keine direkten Anzeigen Privater bekannt. Eingegangen sind jedoch in letzter Zeit Anzeigen Privater, die in weiteren öffentlich zugänglichen Gebieten einen Leinenzwang und eine bessere Beaufsichtigung von Hunden fordern.
3. Allgemein kann man sagen, dass staatliche Vorschriften – ich nenne da die Ausbildung, bewilligungspflichtige Hunde, Leinenzwang – dazu geführt haben, dass eine Sensibilisierung eingetreten ist und dass Hundehalter einerseits wie auch Nicht-Hundehalter generell aufmerksamer unterwegs sind. Beissmeldungen und sonstige Anzeigen haben in den letzten fünf Jahren in Frauenfeld leicht abgenommen. Die Anzahl Hunde ist in Frauenfeld mit 1'050 seit zwei Jahren leicht zunehmend. Es ist ein klarer Trend zu kleineren Hunden spürbar. Das werden Sie bestätigen können, und die Entwicklung in Frauenfeld deckt sich auch mit den Erkenntnissen des Veterinäramts des Kantons Thurgau, wo derzeit 18'200 Hunde registriert sind.
4. Da wir wie gesagt weder eine signifikante Verbesserung noch eine Verschlechterung feststellen, sieht der Stadtrat keinen Grund, weshalb die Anleingebote in diesen vier Gebieten gelockert werden sollen.

Gemeinderatsvizepräsidentin Evelyne Buff Kinzel: Wäre es nicht auch in Frauenfeld möglich, diejenigen Hundehalter, welche einen Erziehungskurs besucht haben, mit einem günstigeren Tarif der Hundesteuer zu belohnen, wie dies auch in anderen Gemeinden erfolgreich gehandhabt wird? Es gibt Gemeinden mit einer tieferen Hundesteuer für Hundehalter, welche Kurse besucht haben. Dies als Motivation.

Stadtammann Carlo Parolari: Ich nehme das als Anregung entgegen, kann Ihnen im Moment aber keine Antwort geben. Aber wir werden das anschauen und prüfen.

Gemeinderat Peter Wildberger: Neu subventioniert die Stadt Frauenfeld mit dem Energiefonds Solarstromspeicher für Haushalte. Welches ist der effektive Preis pro Kilowattstunde (Subventionen abgezogen, Stromverluste mit eingerechnet) dieses Stroms, der mittags mit Solarzellen produziert und nachts dann aus den Batterien bezogen wird? Wäre es nicht effizienter, aus dem Energiefonds Systeme und Steuerungen mitzufinanzieren, die den Stromverbrauch zeitgleich der Produktion anpassen, zum Beispiel für Aufbereitung von Heisswasser, Kälte, Aufladen von Akkus, Pumpen für die Wasserversorgung, also Smart Consumption?

Stadtrat Urs Müller: Es ist so. Mit dem Energiefonds werden neu Stromspeicher gefördert, dies als Ersatzmassnahme für die Fotovoltaikanlagen, die ja jetzt direkt vom Bund gefördert werden. Wir sind angelehnt an das kantonale Förderprogramm, der einfachen Administration wegen, und machen keine Doppelförderung. Im Allgemeinen kann beim Preis für solche Speicher zwischen den zwei folgenden Bezugsgrössen unterschieden werden: einerseits dem reinen Preis für das entsprechende Gerät und andererseits dem Preis pro gespeicherte Kilowattstunde. Die Kosten für einen durchschnittlichen Stromspeicher liegen zwischen ca. 7'000 bis 18'000 Franken für ein Einfamilienhaus. Viele Hersteller bieten auch grösser dimensionierte Stromspeicher an, zum Beispiel für Mehrfamilienhäuser oder für den gewerblichen Verbrauch. Der Anschaffungspreis variiert je nach Speicherkapazität und auch der verwendeten Technologie. Ohne Stromspeicher muss die durch die Fotovoltaikanlage produzierte Energie entweder direkt verbraucht oder alternativ in das öffentliche Netz eingespeist werden. Der Stromspeicher ist daher nützlich. Durch ihn kann die Energie bis zum nächsten Bedarf gespeichert werden. Somit steigt der Autarkiegrad, also die Selbstversorgung von ca. 30 – 40 % auf rund 80 %. Mit einem Speicher muss also nur noch rund 20 % der benötigten elektrischen Energie aus dem Netz bezogen werden. Entscheidend für die Anschaffung eines Stromspeichers ist allerdings der Preis pro gespeicherter Kilowattstunde, da hier die Kosten für das Gerät mit der speicherbaren Energiemenge in Bezug gesetzt werden. Wir haben folgende Rechnung angestellt: Bei einem 6,3 kW Speicher mit einem Systemwirkungsgrad von 0,95 und Investitionskosten von ca. 12'000 Franken ergeben sich Kosten pro Kilowattstunde von ca. 22 Rappen. Bei dieser Rechnung wurde der kantonale und städtische Förderbetrag bereits berücksichtigt.

Die zweite Frage, ob es nicht effizienter wäre mit anderen Systemen: Inwieweit andere Massnahmen günstiger beziehungsweise effizienter sind, müsste detailliert untersucht werden. Sie wissen es, die Technik macht da riesige Fortschritte innert kürzester Zeit.

Gemeinderat Peter Wildberger: Abgesehen davon, dass ja die Batterien viele Geräte wie Bügeleisen, Kochherde und Waschmaschinen gar nicht speisen können, weil sie nur eine sehr begrenzte Leistung haben, fände ich es gleichwohl gescheiter. Wenn wir 25 Rappen rechnen von der Solarenergie, plus 22 Rappen, kommen wir auf 47 Rappen, da wäre ja das Wasserrad mit 34,5 Rappen viel günstiger – oder eben eine Steuerung des Boilers mit Koppelung an die Solarenergieproduktion. Aber die ist speziell in Frauenfeld nicht erlaubt. Warum ist die nicht erlaubt?

Stadtrat Urs Müller: Bitte nochmals die Frage?

Gemeinderat Peter Wildberger: In vielen Gemeinden ist es erlaubt, wenn eine Solaranlage sehr viel Strom produziert, kann man eine Steuerung einsetzen, dass entweder der Boiler, die Widerstandsheizung oder die Wärmepumpe geheizt wird. Diese Steuerung wollen die Werke ausdrücklich nicht machen.

Stadtrat Urs Müller: Ich sehe die Frage immer noch nicht. Auch andere Massnahmen sind möglich. Da bleiben wir sicher dran, auch mit dem Förderprogramm.

Gemeinderat Thomas Gemperle: Bereits seit der Eröffnung der Velostation am Bahnhof Frauenfeld beobachte ich die Auslastung zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten. Ich habe den Eindruck, dass die Auslastung extrem tief ist, und möchte das heute mit Zahlen verifiziert haben, wie hoch diese Mikrominorität ist, die von dieser Steuergeldverschwendung profitiert. Wie hoch sind die Ticketverkäufe und wie hat sich das in den letzten Monaten entwickelt?

Stadtrat Urs Müller: Auch wir sind daran interessiert, Zahlen zu haben und erheben deshalb welche. Ich kann Ihnen folgende Zahlen angeben zur aktuellen Auslastung: Der Werkhof hat an verschiedenen Wochentagen die abgestellten Velos gezählt. Es sind übrigens keine des Werkhofs, wie auch immer wieder mal spekuliert wird. Im Durchschnitt waren es mindestens sechs Zählungen pro Monat. Auf die letzten drei Monate war der Durchschnitt pro Tag im August 8, im September 12, im Oktober 15, wobei noch Herbstferien waren. Das ist ganz klar ein tiefes Niveau, da möchten wir auch eine Verbesserung. Die Tendenz ist aber steigend.

Ticketverkäufe: Im August 1 Monats- und 10 Jahreskarten, im September 7 Monats- und 8 Jahreskarten, im Oktober 1 Monats- und 4 Jahreskarten, somit insgesamt bis 4. November 264 Tageskarten, 11 Monatskarten und 32 Jahreskarten.

Gemeinderat Thomas Gemperle: Heute in den Medien hat der Stadtrat gesagt, dass weitere Massnahmen geplant seien, um die Auslastung zu steigern. Können Sie sagen, wie diese aussehen und ob die Möglichkeit des Rückbaus und der Instandstellung der Parkplätze an diesem Ort bestehen könnte, ernsthaft geprüft wurde und was das finanziell mit den zusätzlichen Einnahmen durch diese Parkplätze für Auswirkungen hätte?

Stadtrat Urs Müller: Massnahmen sind zum Beispiel die Anschrift von aussen oder teils Werbung. Zu den Kosten möchte ich noch sagen, wenn wir vergleichen, es ist ja immer die Rede von den immens hohen Kosten von 120'000 Franken, Winterthur hat eine Velostation mit 800 Plätzen à 4'200 Franken. Das macht 3,35 Mio. Franken. Schaffhausen 297 Plätze à 9'100 Franken = 2,7 Mio. Franken. Chur hat 270 Plätze à 4'500 Franken = 1,2 Mio. Franken. Diese Zahlen stammen von Pro Velo. Die Stadt Frauenfeld hat 125 Plätze à 960 Franken = 120'000 Franken. Daher möchte ich dies noch so abschliessen: Auch wenn in der grünen Bildlizeitung; aus Hüttwilen Urs Ammann sich treibt um; - er schreibt, der Velostation drohe der Rückbau - so fragt sich schon, wer oder was ist da schlau? Ebenfalls die Thurgauer Nachrichten räumen viel Platz ein; dabei bleibt aber nicht ganz bei den Fakten der Veloverein! Ich kann beruhigen - gut Ding will Weile haben; Verbesserungen sehen wir, das kann ich sagen. Und wenn auch nur ein Bruchteil der 790 Petitionäre, künftig nutzt die sichere Station, schon voll sie wäre.

Gemeinderat Stefan Geiges: Den Medien und anderen Publikationen ist zu entnehmen, dass die Frauenfeld-Wil-Bahn in absehbarer Zukunft im 15-Minutentakt verkehren soll.

1. Treffen diese Mitteilungen zu und welches ist hierzu die aktuelle Beschlusslage?
2. Wenn ein 15-Minutentakt eingeführt würde, bedeutet das alle 7,5 Minuten eine Durchfahrt. Ist sich der Stadtrat bewusst, was diese hohe Frequenz auf den übrigen Verkehr im Stadtgebiet für Auswirkungen hat?

Stadtrat Urs Müller: Die Federführung liegt beim Kanton Thurgau. Der Viertelstundentakt wird in den Hauptverkehrszeiten vom Kanton angestrebt. Dies vor allem, um die Bahnanschlüsse garantieren zu können. Hierfür wäre aber ein Ausbau der Kreuzungsstellen Lüdem und Jakobstal notwendig. Die Kreuzungsstelle Jakobstal wurde vom Bund im Aggloprogramm 2 nicht in Priorität aufgenommen. Finanzierung und Betriebskonzept sind daher noch offen. Beschlüsse bestehen noch nicht. Der Viertelstundentakt würde gerade in den Hauptverkehrszeiten eine massive Mehrbelastung auf Rheinstrasse und Rathausplatz bedeuten, was mit verstärkten Rückstausituationen verbunden wäre. Ohne Massnahmen beispielsweise im Bereich Verkehrsmanagement zur Bevorzugung des restlichen ÖV wären insbesondere die Postauto- und Stadtbushlinien von nachlassender Fahrplanstabilität betroffen. Auch der motorisierte Individualverkehr müsste Einschränkungen gewärtigen.

Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass, vertreten durch Gemeinderat Mario Weber: Die Agglomeration Frauenfeld hat sich mit ihrer Richtplanung Verkehr und Energie wichtige und weitsichtige Zielsetzungen bezüglich effizientem und wirtschaftlichem Energieeinsatz gesteckt. Bis in zehn Jahren soll in der Agglomeration gemäss Richtplan Energie unter anderem eine Reduktion des Treibstoffverbrauchs von -15 %, bis 2050 gar von -40 % erreicht werden. Geschehen soll dies unter anderem mittels Veränderungen im Modalsplit, also durch vermehrten Umstieg auf energieeffiziente Verkehrsmittel. Stadt und Kanton als lokale grosse Arbeitgeber können durch betriebliches Mobilitätsmanagement eine Vorreiterrolle übernehmen und ihre Mitarbeitenden zu Smart Mobility motivieren. Dies erklärt uns der Richtplan Verkehr.

1. Welche konkreten Massnahmen hat die Stadt zur Erreichung des Treibstoffreduktionsziels der Agglomeration?
2. Wie viele grössere Unternehmen auf Stadtgebiet haben bereits ein Mobilitätsmanagement für ihre Mitarbeitenden und Kunden respektive Besuchende eingeführt oder planen dies in naher Zukunft?
3. Wurde respektive wird die Einführung eines Mobilitätsmanagements für Stadt und Kanton als Arbeitgeber geprüft?

Ich gehe davon aus, dass Gemeinderat Stricker auf Ergänzungsfragen verzichten will.

Stadtrat Urs Müller: Um die Treibstoffreduktionsziele der Agglomeration zu erreichen, reicht es nicht aus, nur in Frauenfeld Massnahmen zu ergreifen. Vielmehr ist der Gesetzgeber auf nationaler und kantonaler Ebene gefordert, die nötigen gesetzlichen Vorgaben zu erarbeiten. Dass die Ziele technisch erreichbar sind, ist bei den entsprechenden und einschlägigen Experten unbestritten. Würde beispielsweise der gesamte Fuhrpark der Schweiz elektrifiziert, würde sich der derzeitige Stromverbrauch in der Schweiz nur um rund 10 bis 15 Prozent erhöhen. Dieser Umstand gründet auf dem sehr guten Wirkungsgrad von Elektromotoren gegenüber dem eher tiefen Wirkungsgrad von Verbrennungsmotoren. Die Stadt Frauenfeld bleibt vor diesem Hintergrund aber nicht untätig. Im Rahmen der Vorstellung des aktuellen Energierichtplans wurde erstmalig im Frühjahr des letzten Jahres mit lokalen Garagenbetrieben eine Informationsveranstaltung zum Thema Elektromobilität durchgeführt. Weitere Aktionen in diesem Bereich sind auch zukünftig geplant.

Die Anzahl Unternehmungen, welche sich bereits mit einem Mobilitätsmanagement beschäftigt haben, haben wir nicht erhoben oder ist uns nicht bekannt. Als Beispiel, dass es aber solche gibt, sei das Kantonsspital Frauenfeld genannt.

Im Rahmen eines stadt-eigenen Mobilitätsmanagements wurden die Zentralverwaltung und das Altersheim Park untersucht. Aufgrund der Untersuchung wurde ein entsprechendes Kommunikationskonzept Parkplatzbewirtschaftung für Mitarbeitende, Mobility Service, Carsharing, Überprüfung der E-Bike-Flotte und weitere Massnahmen vorgeschlagen.

Gemeinderat Jürg Joss: Die Frage beschäftigt sich mit den Auswirkungen des Energierichtplans auf Gestaltungspläne. An der Sitzung vom 5. Januar hat der Gemeinderat den Richtplan Energie für die Agglomeration Frauenfeld zur Kenntnis genommen und der Richtplan wurde mit der Vision der 2000-Watt-Gesellschaft als Fernziel erstellt, was natürlich eine grosse Herausforderung oder eben eine Vision ist, aber auch eine Chance zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt Frauenfeld. Im Kapitel 2.5 Themenbereichsübergreifende Massnahmen auf Seite 43 des Richtplans werden folgende Ziele aufgelistet:

- Es werden nachhaltige Quartiere nach den Leitlinien der 2000-Watt-Gesellschaft angestrebt.

- Für gestaltungsplanpflichtige Gebiete sollen Vorschriften gelten, welche die Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien vorschreiben.

Da der Richtplan Energie ein behördenverbindliches Instrument ist, ist der Stadtrat gehalten, diese Vorgaben in Gesprächen und Verhandlungen zu Gestaltungsplänen einzubringen. Bei Neubauten kann mit entsprechenden Vorschriften eine hohe Energieautonomie erreicht oder sogar zur Produktion von lokaler erneuerbarer Energie beigetragen werden. Die Instrumente müssen rasch und konsequent genutzt werden, um von Freiwilligkeit beziehungsweise Beliebigkeit hin zu fortschrittlichen Standards zu gelangen. Auch Quartiere nach den Leitlinien der 2000-Watt-Gesellschaft tragen explizit auch dem Aspekt der Mobilität Rechnung. Bei zentrumsnahen Überbauungen drängt sich das Erstellen von autofreien Siedlungen geradezu auf. Ich denke da zum Beispiel an Standorte wie das Areal Herzog, das SBB-Areal nördlich der Geleise oder den städtischen Werkhof, da sollte eine Wohnüberbauung entstehen. Diese Standorte sind in unmittelbarer Nähe zu SBB, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten gelegen. Auch ein Mobility-Stützpunkt findet sich in unmittelbarer Nähe. Privatfahrzeuge sind eigentlich fast nicht mehr nötig. Weitgehend autofreie Neubauten würden auch hier zur Verkehrsentlastung beitragen. Das führt zu folgender Frage: Welche konkreten Auswirkungen haben diese Massnahmen aus dem Richtplan auf erstellte und genehmigte Gestaltungspläne im Jahr 2014 schon gehabt, bzw. können in zukünftigen Gestaltungsplänen erwartet werden? An welchen Standorten ist das Entstehen von weitgehend autofreien Wohnüberbauungen geplant oder zumindest angedacht?

Stadtrat Urs Müller: Zu den konkreten Auswirkungen: Der Energierichtplan übt auf bereits erstellte und genehmigte Gestaltungspläne, also vor 2014, keine Auswirkungen aus. Denn die eigentumsbeschränkende Wirkung von rechtskräftigen Gestaltungsplänen kann nur durch ein neues Planungsverfahren geändert werden. In bisherigen Gestaltungsplänen wurde der zulässige Energieverbrauch für die Bauten gegenüber dem aktuellen Energiegesetz oftmals verschärft. Minergie-Standard, nur erneuerbare Energiequellen oder mindestens 50 % anstatt 20 % haben als Beispiel von solchen Auflagen aus erneuerbaren Energiequellen zu stammen. Grundsätzlich können private Eigentümer nicht verpflichtet werden, die räumliche Festlegung des Energierichtplans zu erfüllen oder umzusetzen, dieser ist, wie alle Richtpläne, behördenverbindlich. Der Gestaltungsplan ist aber ein Planungsinstrument der Exekutivbehörde und somit dient der Energierichtplan als verbindliche Plangrundlage für zukünftige Gestaltungspläne. Damit liegt der Stadtrat in der Pflicht, dass die festgesetzten Strategien und Massnahmen des Energierichtplans in Gestaltungsplanverfahren umgesetzt werden. Der Energierichtplan legt in erster Linie für Neubauten sowie umfangreiche Gebäude und Heizungssanierungen folgende Nutzungsprioritäten von bestehenden Energiequellen fest, die bei der Erarbeitung von Gestaltungsplänen zu überprüfen und zu fordern sind: Es sind dies in erster Priorität die ortsgebundene hochwertige Abwärme, in zweiter Priorität die ortsgebundene niederwertige Abwärme und Umweltwärme, in dritter Priorität erneuerbare Energieträger, in vierter Priorität leitungsgebundene fossile Energieträger und in fünfter Priorität frei einsetzbare fossile Energieträger. Dazu mehr im Energierichtplan. Im Jahr 2014 wurde ein Gestaltungsplan, das Areal Herzog, mit Holzschnitzelheizung mit 100 % erneuerbaren Energieträgern ausformuliert. Bei sämtlichen anderen Gestaltungsplänen wird nach der Priorisierung des Energierichtplans vorgegangen.

Zur Frage, an welchen Standorten das Entstehen von weitgehend autofreien Wohnüberbauungen geplant oder angedacht sind: Bisher sind weder im Richtplan Siedlung und Verkehr noch im Reglement über Fahrzeugabstellplätze und Einstellräume auf privatem Grund und Entrichtung von Ersatzabgaben weitgehend autofreie Wohnüberbauungen vorgesehen.

Gemeinderat Jürg Joss: Kann man damit rechnen, dass in Zukunft Zonen geschaffen werden, in denen solche Überbauungen möglich oder sogar vorgeschrieben werden?

Stadtrat Urs Müller: Vorgesehen oder möglich ist das bereits heute. Vorgeschrieben wie erläutert mit dem Verfahren "rechtsverbindlicher Gestaltungsplan". Mit dem behördenverbindlichen Energierichtplan wird es wahrscheinlich schwierig aufgrund der heutigen Gesetzgebung. Wir hatten bis jetzt eine Anfrage, die ein solches Projekt realisieren wollte, die hat sich dann aber leider zerschlagen.

Gemeinderat Stefan Geiges: Einbahnverkehr Innenstadt-Vorstadt: Der Stadtrat hat in seiner Orientierung erklärt, dass er bezüglich eines Antrags zum Einbahnverkehr Innenstadt-Vorstadt vom Kanton noch eine Antwort erwartet.

1. Bis wann ist diese Antwort zu erwarten?
2. Wie sieht nach Erhalt dieser Antwort für das weitere Vorgehen der Zeitplan aus, vor allem in Bezug auf Konzepte und Massnahmen?

Stadtrat Urs Müller: Der Stadtrat erwartet Ende November/Anfang Dezember eine erste Stellungnahme des kantonalen Tiefbauamts zum gestellten Antrag eines Einbahnversuchs in der Vorstadt. Wir sind da ständig am Nachfragen und das ist der Zeitraum, wie er uns in Aussicht gestellt wurde.

Es ist nicht zu erwarten, dass auch bei einer positiven Stellungnahme zum Antrag in dieser Stellungnahme bereits alle Details geklärt sind, sondern es wird noch Klärungsbedarf geben. Der Stadtrat ist aber weiterhin bestrebt, im Frühling 2015 einen einjährigen Versuchsbetrieb in der Vorstadt einzurichten. Allerdings wird bei einem positiven Entscheid zuerst eine Bereinigung zwischen Kanton und Stadt stattfinden müssen. Anschliessend muss die neue Signalisation öffentlich mit Rekursmöglichkeit aufgelegt werden und parallel dazu plant die Stadtentwicklung eine provisorische Aufwertung des gewonnenen Raums in der Vorstadt. Zudem soll wie bereits kommuniziert eine Begleitgruppe für das Monitoring installiert werden.

Gemeinderat Fredi Marty: Ich frage mich, wie weit ein Alterskonzept gehen muss und letztlich, ob ein solches zwingend notwendig ist. Unsere Mitmenschen im dritten Lebensabschnitt sind mehrheitlich gut vernetzt und können grossenteils selbst entscheiden, welche der vielen bestehenden Angebote sie nutzen wollen.

Nachdem die Frist für die Einreichung der Fragen abgelaufen war, leitete eine ältere Person ein Schreiben der Anlaufstelle Alters- und Generationsfragen an mich weiter. Unter dem Titel "Alter und Generationen konkret" wendet sich die Leiterin der Anlaufstelle, Frau Verena Rieser Santo explizit an alle 75- bis 80-jährigen Frauenfelderinnen und Frauenfelder. Als ich diesen Text las, musste ich der Person Recht geben. Erstens drängt sich die Frage auf, warum genau die Jahrgänge 1934 bis 1939 angeschrieben wurden. Was ist mit den 74-, 82-, oder 85-Jährigen? Zweitens sind Menschen zwischen 75 und 80 tatsächlich so unselbstständig und hilflos, dass sie Anleitungen von der Abteilung Gesundheit brauchen, wenn sie sich mit dem Thema Alter auseinandersetzen? Ich gehe darauf hinaus, dass das Alterskonzept hier reichlich ausgereizt wird. Getreu dem bewährten Motto: Geht dir Rat aus, geh ins Rathaus, werden Seniorinnen und Senioren eingeladen, die Sprechstunde am Schalter im Eingangsbereich zu nutzen oder um telefonische Auskünfte anzufragen. Gerade so, als wären unsere älteren – ich sage bewusst nicht betagten – Mitmenschen nicht mehr in der Lage, ihr Leben selbst zu gestalten. Das trifft bestimmt auf eine Minderheit zu, aber die meisten Miteinwohner brauchen keine alltäglichen Lebenshilfen und Beratungen, die in dieser Form an eine Bevormundung grenzen. Das Alterskonzept der

Stadt Frauenfeld schafft Begehrlichkeiten, die letztlich der Steuerzahler berappen muss. Hierbei handelt es sich eindeutig um Wunschbedarf und in Teilen sogar um ein Luxusprojekt, das vor dem Hintergrund eines vom Stadtrat budgetierten Defizits von 1,6 Mio. Franken nicht zu verantworten ist. Daher möchte ich von der zuständigen Stadträtin Elsbeth Aepli gern wissen, wie sich das Alterskonzept auswirkt:

1. Auf den bisherigen Stellenplan der Abteilung Gesundheit und auf den zukünftigen Stellenplan des Departements für Gesundheit und Alter
2. Auf den Personalaufwand bisher und ab 2015. Ich bitte um genaue Angaben der Lohnkosten.
3. Auf die Kosten für Aufträge an Dritte, zum Beispiel die Projektleitung des externen Büros Pfiffner Beratung GmbH.
4. Auf die Arbeit der geplanten neuen Amtsleitung Gesundheit und Alter sowie auf die befristet geschaffene Anlaufstelle für Alters- und Generationenfragen
5. Auf die Bürokosten
6. Auf die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit.

Stadträtin Elsbeth Aepli: Ich stelle vorab fest, dass die Fragen bzw. die Ausführungen vorneweg noch ergänzt wurde. Vom Schreiben der Anlaufstelle war vorher nie die Rede.

Zum Schreiben der Anlaufstelle: Warum wurden 75- bis 80-Jährige angeschrieben? Wir könnten auch alle Senioren in Frauenfeld anschreiben. Wir können jeden zweiten Jahrgang anschreiben. Es geht darum, dass man das Angebot bekannt macht. Es gibt Leute, die haben bei uns reklamiert, weil sie kein Schreiben bekommen haben. Andere reklamieren, weil sie eines bekommen haben. Ich denke, wir haben hier einen guten Mittelweg gesucht und wir werden inskünftig auch nicht mehr fünf Jahrgänge anschreiben, sondern immer nur den nächsten.

Gemeinderat Marty findet das Alterskonzept offensichtlich übertrieben. Aber wenn ich in diesen Rat hineinschaue und auch wenn ich mich sonst umhöre, ist es so, dass er da in einer klaren Minderheit ist. Die möglichen finanziellen Auswirkungen des Alterskonzepts wurden im Alterskonzept auf Seite 56 selber dargelegt, die effektiven Ausgaben werden jeweils budgetiert.

1. Die Anlaufstelle 60 % ist eine Auswirkung des Alterskonzepts, logisch. Das wurde auch für das Budget dieses Jahres so bewilligt. Der Stadtrat hat Mitte Oktober einem Versuchsbetrieb von zwei Jahren zugestimmt. Dann kommt die Evaluation, dann sieht man weiter. Die neue Amtsleitung – ebenfalls eine 60%-Stelle – ist unabhängig vom Alterskonzept. Die Stellenbeschreibung der Amtsleitung umfasst selbst im Bereich Alter viel mehr als die Umsetzung des Alterskonzepts, hinzu kommt der Bereich Gesundheit mit der bekannten dynamischen Entwicklung, Förderung Freiwilligenarbeit, Berichterstattung, Finanzen. Es ist so, dass viel zu viele operative Aufgaben heute auf der strategischen Ebene angesiedelt sind.
2. Die Auswirkungen des Alterskonzepts auf den Personalaufwand: Bis 2013 sind die städtischen Personalkosten eigentlich nur bei mir angefallen, indem ich Arbeitszeit hierfür eingesetzt habe. In dem Sinn kein zusätzliches Geld. Inskünftig fallen Personalkosten der Anlaufstelle und der Amtsleitung an, Letztere wie gesagt nur sehr begrenzt als Auswirkung aus dem Alterskonzept.

Genauere Lohnangaben wird man von mir an dieser Stelle sicher nicht erhalten. Es richtet sich alles nach dem gemeinderätlichen Besoldungsreglement. Gemeinderat Marty weiss als ehemaliger städtischer Angestellter bestens, wie das funktioniert. Die neue Amtsleitung Gesundheit und Alter wird in der Grössenordnung von 22 bis 23 Punkten bewertet werden.

Die Stelle von Gemeinderat Marty als Infochef war mit 22,5 Punkten bewertet und somit kann Gemeinderat Marty in seinen Lohnausweisen nachschauen, was so eine Person verdienen wird.

3. Auswirkungen auf Kosten / Aufträge Dritter bisher und in Zukunft: So war die Frage, die mir zugeleitet wurde. Jetzt werden noch weitere Auskünfte über Pfiffner Beratung gewünscht. Die jeweiligen Kosten sind aus der Rechnung und dem Voranschlag ersichtlich. Im Budget 2015 sind unter Konto 4000.3131.80 explizit aufgeführt: 10'000 Franken für das Projekt "Älter werden im Quartier" und 25'000 Franken für Projekte der Anlaufstelle. Pfiffner Beratung war im Alterskonzept drin und macht jetzt noch das Controlling im Projekt "Älter werden im Quartier". Ich gehe davon aus, dass bei Projekten im Bereich Alter immer wieder auch Fremdmittel generiert werden können.
4. Auswirkungen auf die geplante neue Amtsleitung und die geschaffene Anlaufstelle: Es ist logisch, die Anlaufstelle kümmert sich um die im Alterskonzept zugewiesenen Aufgaben; die neue Amtsleitung hat wie ausgeführt längst nicht nur die im Alterskonzept vorgesehenen Aufgaben, sondern weitere darüber hinaus.
5. Auswirkungen auf Bürokosten: Die Anlaufstelle, das wurde ja festgestellt, befindet sich im Rathaus, dieses Büro wurde bisher vom Dachverband Freiwilligenarbeit genutzt. Da gibt es also keine Mehrkosten. Die Bürokosten der Amtsleitung sind noch offen. Das Haus Sapone wird von der Fachstelle Integration nicht mehr genutzt und wird nächstes Jahr vom Alterszentrum Park übernommen werden. Das Departement Gesundheit und Alter wird dort Räumlichkeiten beziehen. Selbst ich habe bisher keine stadteigenen Büros gehabt. Bezüglich Bürokosten wurden Annahmen fürs 2015 getroffen.
6. Öffentlichkeitsarbeit: Als ehemaliger Infochef weiss Gemeinderat Marty, dass städtische Öffentlichkeitsarbeit immer etwas kostet; fürs Alterskonzept werden die normalen Infokanäle genutzt, somit verursacht das Alterskonzept primär mal keine zusätzlichen Kosten.

Gemeinderat Fredi Marty: Der Stadtrat beantragt mit dem Budget 2015 neben der erwähnten Anlaufstelle zusätzlich eine 60%-Stelle Leitung des neuen Amtes für Gesundheit und Alter. Darüber werden wir im Rahmen der Budgetdebatte noch reden müssen. Aber wie ich heute schon befürchte, wird der Wille zum Sparen in unserem Rat zu wenig ausgeprägt sein, sodass Sie ab Januar 2015 voraussichtlich auf zwei ausgewiesene Fachleute für Gesundheit und Altersfragen zählen können. Sie haben vorhin gesagt, das Controlling bei der Umsetzung der Massnahmen werde auch in Zukunft vom externen Büro Pfiffner Beratung wahrgenommen. Ich finde, wenn Sie nun Fachpersonal haben, können wir doch davon ausgehen, dass das in Ihrer Abteilung gemacht wird und nicht mehr nach aussen vergeben wird. Wir wollen ja alle unser Möglichstes tun, um einer drohenden Erhöhung des Steuerfusses 2016 vorzubeugen.

Stadträtin Elsbeth Aepli: Nur das Controlling für das Projekt "Älter werden im Quartier" wird vom Büro Pfiffner Beratung geführt. Sonst habe ich mich vielleicht nicht klar genug ausgedrückt. In diesem Projekt war Martina Pfiffner bereits involviert, auch als wir immerhin 350'000 Franken externe Fremdmittel generierten, und hier macht sie das Controlling. Logischerweise werden solche Aufträge nachher nicht mehr fremd vergeben.

Gemeinderat Robert Zahnd: Der Stadtrat hat sich entschieden, wir haben es gehört, den Versuchsbetrieb dieser Stelle um weitere zwei Jahre fortzuführen. Pro Senectute ist die Anlaufstelle

für sämtliche Altersfragen. Es kann also nicht sein, dass man eine Stelle schafft, die diese Fragen einfach an diese weiterleitet.

1. Wie lautet der Aufgabenkatalog für diese Stelle?
2. Welche Dienstleistungen bietet diese Stelle an, welche man von der Pro Senectute nicht auch erhalten kann?

Stadträtin Elsbeth Aepli: Diese Frage zeigt, dass noch einiger Klärungsbedarf besteht. Diese Anlaufstelle wurde für einen zweijährigen Versuchsbetrieb bewilligt. Was nicht stimmt, ist, dass die Pro Senectute die Anlaufstelle für sämtliche Altersfragen ist. Es ist unbestritten, die Pro Senectute bietet mit ihrer Beratungsstelle am Bankplatz 5 im Bernerhaus in Frauenfeld sehr gute, spezifische Fachberatung an. Fragen zur Sozialversicherung, Finanzierung des Pflegeheimaufenthalts, Ergänzungsleistungen etc. Aber es ist nur ein Beratungsangebot unter verschiedenen auf dem Platz Frauenfeld. Die Anlaufstelle bietet niederschwellige, allparteiliche, neutrale und offene Beratung an und sie verweist Ratsuchende, wo es sinnvoll ist, auch weiter. Wir wollen ja da keine Doppelspurigkeiten. Aber es sind nicht immer alle bei der Pro Senectute für eine Beratung am richtigen Ort. Dann bietet die Pro Senectute, auch das ist etwas sehr Gutes, Alltagshilfen und Besuchsdienste an. Da läuft die Anmeldung über die Geschäftsstelle in Weinfelden. Frauenfeld hat in diesem Bereich eine Leistungsvereinbarung mit der Pro Senectute. Etwa 3'600 Stunden werden hier geleistet und von der Stadt Frauenfeld mitfinanziert. Doch auch im Bereich Alltagshilfen ist die Pro Senectute nicht die einzige Anbieterin und die Anlaufstelle kann Ratsuchende wieder umfassend beraten. Wenn jemand beispielsweise Betreuung für eine demenzerkrankte Mutter sucht, ist es wichtig zu wissen, dass es neben Besuchsdienst oder Alltagsdienst der Pro Senectute noch weitere Entlastungsdienste gibt, die man auch in Anspruch nehmen kann, dass es gemeinnützige Dienste gibt, dass es Profitorganisationen gibt, dass man weiss, wie viel die in etwa bieten können, um dann eine optimale Abdeckung der Betreuung organisieren zu können. Die Pro Senectute hat auch unbestrittenermassen ein grosses Bildungs- und Sportangebot, aber auch das ist nicht das einzige Angebot in Frauenfeld. Sie wissen, wie viele Angebote es für Seniorinnen und Senioren gibt. Wenn da jemand Auskunft wünscht, will er eben auch eher eine neutrale Information. Die Pro Senectute ist auch nicht für alle Frauenfelderinnen und Frauenfelder das richtige Organ. Ich finde in diesem Zusammenhang bezeichnend, dass die Pro Senectute seit Jahren Mühe hat, Ortsvertretungen in Frauenfeld zu finden. Offensichtlich gibt es viele Frauenfelder, die die Beratung in Altersfragen auch anderswo suchen.

1. Auf der Homepage www.altersfreundliches-frauenfeld.ch sind die Aufgaben der Anlaufstelle aufgeführt. Die Aufgaben sind deutlich umfassender als reine Auskunfterteilung. Erwähnen möchte ich hier nur Koordination und Vernetzung. An einem Treffen im September dieses Jahres haben verschiedene Anbieter auf dem Platz Frauenfeld ausdrücklich ein Koordinationstreffen gewünscht. Die Anlaufstelle wird das nun organisieren. Nur wenn man die Angebote kennt, die Anbieter sich untereinander kennen, können diese auch sinnvoll genutzt werden. Ich stelle fest, dass die Pro Senectute nie ein derartiges Treffen organisiert hat.
2. Einiges habe ich schon gesagt. Eine von den Einwohnerinnen und Einwohnern sicher geschätzte Dienstleistung ist die Information über verschiedene Angebote. Die Leiterin Verena Rieser hat sich mit verschiedenen Angeboten vertraut gemacht. Das Ganze wird auf der Homepage publik gemacht; es kommen nur geprüfte Angebote auf diese Homepage. Das ist ein klarer Mehrwert gegenüber einer Suche auf Google. Diese Homepage haben wir auf Dezember 2014 versprochen, sie ist speditiver erledigt worden, sie ist zwischenzeitlich bereits online. Eine solche Übersicht finden Sie bei Pro Senectute eben auch nicht. Es gibt Kantone wie Graubünden, wo die Pro Senectute in diesem Bereich weiter ist. Die Anlaufstelle

schafft für Frauenfelderinnen und Frauenfelder einen klaren Mehrwert. Die Anlaufstelle ist auch offen für Wünsche und Anliegen von Seniorinnen und Senioren und deren Angehörigen und wird sich weiterentwickeln.

Gemeinderat Pascal Frey: Aufwertung der Reinigungsleistung der Abwasserreinigungsanlage: Die Zeit, in der man wie bei der Eröffnung der ARA einen Schluck vom gereinigten Wasser nahm, ist definitiv vorbei. Schade, denn technisch wäre es machbar, die Belastung im wieder eingeleiteten Wasser nochmals massiv zu senken. Vor allem im Bereich Hormone und Antibiotika, die aktuell Probleme im Kreislauf bescheren. Es gibt hier noch etliche weitere Stoffe, die zurzeit nur ungenügend oder gar nicht herausgefiltert, beziehungsweise im Klärschlamm gebunden, werden. Der Kanton hat die Aufwertung bereits vorgeschrieben. Nun zu den Fragen: Wann wird der Abwasserverband Region Frauenfeld die Aufwertung vornehmen? Wird der Stadtrat sich dafür einsetzen, dass möglichst alle schädlichen Stoffe komplett herausgefiltert werden?

Stadtrat Ruedi Huber: Das Problem der im gereinigten Wasser noch vorhandenen Mikroverunreinigungen ist uns ARA-Verantwortlichen seit längerer Zeit bekannt. Mit der kürzlich vom Bund beschlossenen Revision des Gewässerschutzgesetzes erhalten 100 grosse Kläranlagen den Auftrag, diese unerwünschten Spurenstoffe innert 20 Jahren mittels Aktivkohlefiltern oder mittels Ozonierung zu eliminieren. Aufgrund ihrer Grösse und des hohen Abwasseranteils in der Vorflut der Murg gehört die ARA Frauenfeld zu denjenigen Anlagen, welche mittelfristig ausgebaut werden müssen. Gemäss Gesetz müssen die betroffenen Abwasserverbände 25 % der Investitionskosten und 100 % der anschliessend anfallenden Betriebskosten selber tragen. In der Betriebskommission der ARA wurde das Thema Mikroverunreinigungen deshalb bereits mehrfach besprochen. Ebenfalls wurde bei der Finanzplanung für den Zeitraum ab 2020 ein gewisser Investitionsbetrag für die Eliminierung dieser Stoffe eingestellt. Gemäss einer Berechnung des Thurgauer Amtes für Umwelt muss die ARA Frauenfeld mit einer Investition in der Grössenordnung – und hier kommt das Problem – von 10 Mio. Franken rechnen. Davon müssten gemäss Schlüssel 2,5 Mio. Franken durch den Abwasserverband selber getragen werden. Das ist eine Investition, die eigentlich noch möglich sein müsste, aber es gibt auch Betriebskosten. Die zusätzlichen jährlichen Betriebskosten werden sich auf ca. 500'000 Franken pro Jahr belaufen. Das entspricht etwa 20 % der jetzigen Betriebskosten der Kläranlage Frauenfeld. Aufgrund der vom Gesetz festgelegten sehr langen Frist von 20 Jahren und dem noch nicht geäußerten Investitionsfonds des Bundes kann die Lösung des Problems der Mikroverunreinigungen aus unserer Sicht überlegt und ohne Hektik angegangen werden. Wie schon früher wird sich der Stadtrat auch für die Umsetzung dieser neuen vom Bund und Kanton geforderten Umweltmassnahmen einsetzen. Dabei muss er aber die nur knapp zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und die vielen weiteren im Abwasserbereich zu lösenden Aufgaben wie Effizienzsteigerung im Bereich Energie, Werterhaltung, generelle Entwässerungspläne etc. stets auch im Auge behalten.

Gemeinderat Pascal Frey: Ich möchte anmerken, dass wir dieses Geld unserer Umwelt durchaus geben dürfen.

Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass, vertreten durch Gemeinderat Mario Weber: Schon vor der Fertigstellung begeistert der Murg-Auen-Park grosse und kleine Besucher mit seinen Spazierwegen, als grosser Wildnisspielplatz und Erholungsraumgebiet. Herzlichen Dank der kantonalen und städtischen Bauherrschaft für diesen Gewinn an zentrumsnaher Lebensqualität. Der neue Seitenarm der Murg wurde im Frühsommer erstmals geflutet, dessen anschliessende bauliche Endgestaltung erfolgte mit viel Liebe zum Detail.

1. Wie sieht der Unterhaltsplan des neuen Gerinnes und der neu gestalteten Flächen aus?

2. Ist vorgesehen, nach jedem Hochwasser den derzeitigen Zustand wieder herzustellen oder ist ab sofort die Murg alleinige Gestalterin des Parks?
3. Sind Massnahmen zur Verhinderung von Verbuschung der ausgedehnten Kiesflächen vorgesehen, dies für den Fall von länger ausbleibendem Hochwasser?

Stadtrat Ruedi Huber: Der naturnahe Murg-Auen-Park ist kein statischer Park, welcher immer gleich aussehen wird. Innerhalb von geordneten Bahnen ist auch bei den Gewässern eine gewisse Dynamik durchaus erwünscht. Die Murg inklusive deren Altlauf, der jetzt durchs Bubenwäldli fliesst, darf sich innerhalb der befestigten Grenzen selber gestalten und einrichten. Also ein bisschen so wie die Jugendlichen, wenn sie erzogen werden, da sollten die Dämme auch nicht zu eng gezogen werden, aber es braucht Dämme. Und die hat es auch beim Murg-Auen-Park. Mit grosser Wahrscheinlichkeit werden somit im Bereich der Bach- und Flussläufe Veränderungen eintreten. Eine Verbuschung der jetzigen Kiesbänke wird nur dann eintreten, wenn während zwei bis vier Jahren kein Hochwasser mehr über diese flachen Uferpartien fliesst. Dies ist aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich. Die offenen Kiesbänke dürften uns somit mit grosser Wahrscheinlichkeit erhalten bleiben. Für den Unterhalt der Murg ist der Kanton Thurgau zuständig. Die Veränderungen speziell nach Hochwassern werden durch Sachverständige des Amtes für Umwelt laufend beobachtet. Massnahmen im Wasserbau und Forst werden nur dann ergriffen, wenn Schäden absehbar oder bereits eingetreten sind.

Der Gemeinderatspräsident Kurt F. Sieber: Ich hoffe, dass alle Fragesteller mit den Antworten zufrieden sind, und danke dem Stadtrat für die interessanten Antworten. Sollten die Ratsmitglieder noch weitere Ergänzungsfragen haben oder wollen sie unter dem Jahr noch etwas wissen, können Sie sich auch direkt mit den Verantwortlichen in Verbindung setzen.

Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 10. Dezember 2014, um 16.00 Uhr mit dem Haupttraktandum "Beratung des Voranschlags 2015" statt.

Mein Dank geht an Sie und Ihre intensive Mitarbeit, insbesondere an die Fragesteller und an den Stadtrat für die Antworten. An die Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen Blumenschmuck und Beat Dürger und Team für die Bestuhlung und den Ersatzheizofen in diesem ehrwürdigen Ratssaal.

Den Fraktionen, die jetzt zu ihren traditionellen Fraktionsabenden aufbrechen werden, wünsche ich en Guete, Proscht und interessante Gespräche, den übrigen Ratsmitgliedern einen schönen und erfreulichen Abend.

Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen.

- - -

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

* * *